

## Sturmfahrt, Ballast reduzieren!

Rede  
zur Einbringung des Haushaltsentwurfs  
für das Jahr 2010  
Würzburg, 22. Oktober 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

nachdem ich letztes Jahr etwas pathetisch meine Haushaltsrede mit den Worten überschrieben habe: „Ein Sturm zieht auf“ würde ich heute am Liebsten titulieren: „Er zieht vorbei!“. Die Lage ist allerdings weitaus ernster als uns die Wirtschaftsforschungsinstitute suggerieren. Nächstes Jahr wird äußerst ruppig und 2011 und 2012 geht der Sturm über den Staatshaushalten erst richtig los. Wir müssen aufpassen, dass der Haushalt in jenen Jahren nicht Schiffbruch erleidet und wir in eine haushaltslose Zeit stürzen. Die richtige Überschrift kann daher nur lauten: „Sturmfahrt, - Ballast reduzieren!“

Der aktuelle Haushaltsplanentwurf für das Planjahr 2010, den Sie dieser Tage erhalten, ist schon dramatisch genug. Uns wird es gerade noch gelingen, eine schwarze Null im Verwaltungshaushalt zu erreichen. Die finanziellen Mittel, die wir aus dem Laufenden, also dem Verwaltungshaushalt erwirtschaften, reichen hingegen nicht, die ordentliche Tilgung als Zuführung zum Vermögenshaushalt zu erzielen. Die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts kommt auf der kommunalen Ebene an.

Gleichwohl haben wir ein Maximum an Vorarbeit im laufenden Jahr 2009 geleistet. Die Stadt Würzburg hat:

1. Sämtliche Maßnahmen aus dem Konjunkturprogramm II (K II) mit einem Volumen von rd. 11,5 Mio. EUR und einem damit verbundenen kommunalen Eigenanteil in Höhe von rd. 1,5 Mio. EUR auch für die Folgejahre durchfinanziert. Dieser Eigenanteil wird uns in den Folgejahren nicht belasten.
2. Die Altschulden in Höhe von 10,5 Mio. EUR aus 2003 wurden komplett getilgt und damit aufsichtsrechtlich die volle kommunale Handlungsautonomie zurückerlangt. Der kommunale Schuldenstand konnte so von 240 Mio. EUR auf 230 Mio. EUR reduziert werden. (Und)
3. Die Rücklage konnten wir um 6 Mio. EUR verstärken. Unsere Reserven belaufen sich nunmehr auf 11,8 Mio. EUR.
4. Die Gewerbesteuererinnahmen haben wir realistisch, d.h. in diesem Fall stark rückläufig, eingeplant. Nach aktuellem Stand erfüllen wir den Planansatz.

Mehr konnten wir nicht unternehmen und ich bin Ihnen, jedem einzelnen Stadtratsmitglied, nebenamtlich wie hauptamtlich, hierfür sehr dankbar, weil diese Beschlüsse in großer Eintracht verantwortungsvoll getroffen worden sind. Viele andere Städte von Hof bis

München, von Augsburg bis Nürnberg mussten, da die Einnahmeneinbrüche stärker als geplant ausfielen, bereits in diesem laufenden Jahr zur Ultima Ratio eines Kämmerers greifen, zur Haushaltssperre. Um es deutlich zu sagen: Würzburg ist zurzeit die größte Stadt im Freistaat, die im Haushaltsvollzug noch normal und frei bis hin zu den freiwilligen Zuschüssen wirtschaften kann.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
am Rande des Deutschen Kämmerertages, der 2009 erstmals in Würzburg stattfand, habe ich eine Blitzbefragung der Kollegen vorgenommen. Von rd. 200 anwesenden Kämmerern gingen lediglich zwei davon aus, in 2010 keine neuen Schulden aufzunehmen. Für 2011 meldete sich kein Kollege mehr. So ist die bundesweite Lage. Am Rande des Finanzausschusses des bayrischen Städtetages vergangene Woche bestätigte sich auch bei der Abfrage der finanziellen Situation der großen kreisfreien Städte Bayerns, dass es den Kollegen nicht besser, sondern eher schlechter geht. Der Segen hängt noch schief und der Trend geht zu erheblichen Investitionskürzungen.

Der Hauptgrund für diese Entwicklung liegt sicherlich in der Finanz- und Wirtschaftskrise. Das aktuelle Herbstgutachten geht für 2009 von einem Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, also vereinfacht gesprochen, der Wirtschaftsleistung von -5 % aus. Allerdings, der Außenhandel ist im 1. Hj. 2009 um 23,5 %, also ein Viertel, geschrumpft. Wenn nunmehr die Prognosedaten von 0,5 % Wachstum für kommendes Jahr auf 1,2 % hoch korrigiert werden, so ist dieses nicht der Beginn eines Aufschwungs und damit auch nicht ‚die Rettung des Abendlandes‘. Erst ab rd. 2 % Wirtschaftswachstum kann von einem wirklichen Wirtschaftswachstum gesprochen werden. Unterhalb dessen findet weiterhin ein Schrumpfungsprozess begleitet von Arbeitsplatzabbau statt. Der technische Fortschritt und damit Rationalisierung überkompensiert das Wachstum. Auch mit 1,2 % Wachstum sind wir daher nicht durch das Schlimmste hindurch, sondern unsere Einnahmen werden lediglich auf einem niedrigen Niveau stabilisiert.

Ein weiterer Hauptgrund unserer Schwierigkeiten ist die stete Zunahme unserer Belastungen. Dieser resultiert aus den städtischerseits unbeeinflussbaren Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst und den Besoldungserhöhungen sowie aus dem Anstieg des Sachaufwands auch für unterlassene Instandhaltung und Sozialausgaben. Daneben steigt aber auch die Erwartungshaltung an die Stadt Würzburg durch Ihre Bürgerinnen und Bürger stetig an, ohne dass an gleicher oder anderer Stelle eine Zahlungsbereitschaft gegeben ist. Beispiele hierfür sind die sozialpolitisch wohl begründete Entwicklung freiwilliger Zuschüsse, die Einführung von Sozialtickets oder der Ausbau der Sozialbetreuung in Brennpunkten.

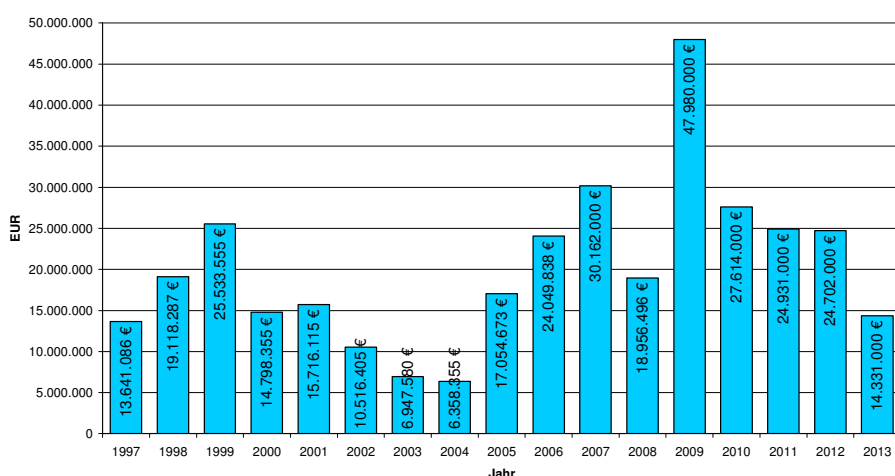
Gleichzeitig ist aber vielfach keine Zahlungsbereitschaft gegeben, auch dort wo eine Leistung erbracht wird, die individuell genutzt und abrechenbar ist. Bestes Beispiel hierfür ist die aktuelle Debatte um die gerechtfertigte Erhöhung von Parkgebühren, die seit 2001 nicht angefasst wurden, obwohl es eine Mehrwertsteuererhöhung, Lohnerhöhungen und Serviceverbesserungen gab. Auch bei Straßenausbaubeiträgen ist immer wieder massiver Widerstand erkennbar. Im Vermögenshaushalt wird die Investition in Infrastrukturausstattung als selbstverständlich erachtet. Dies reicht von neuen Radwegen bis zur Breitbandversorgung benachteiligter Stadtteile als neue freiwillige Leistung. Auch neue Radwege wollen unterhalten werden und die Breitbandversorgung von heute ist mit Sicherheit in wenigen Jahren der Standard von gestern, anders als bei anderen leitungsgebundenen Bandinfrastrukturen wie z.B. in der Abwasserentsorgung. Auch neue Infrastrukturen in der Zellerau werden im Erhaltungsaufwand in wenigen Jahren wieder den Haushalt belasten. Dies bereitet uns auch langfristige Probleme. Die Lücke zwischen Anspruch und finanzieller

Wirklichkeit klafft zunehmend auseinander. Mit diesen strukturellen Themenkomplexen werden wir uns in der Folge befassen müssen und wir müssen weiter Prioritäten setzen. Die Debatte ist grundsätzlich darum zu führen, welches sind kommunale Kernaufgaben und was sind öffentliche Güter, die keinen Preis oder einen stark subventionierten haben. Und, bei bestimmten Themen, wie z.B. der Breitbandversorgung, ist festzustellen, dass diese keine kommunalen Aufgaben sind. Ansonsten sollten wir als Stadt an den Freistaat appellieren, dass diese neue Bandinfrastruktur abrechnungsfähige KAG-Maßnahme wird.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
 was für einen Haushalt für 2010 können wir Ihnen nun verwaltungsseitig vorlegen? Würzburg könnte mit dem Ihnen heute vorgelegten sehr soliden Rechenwerk einen Haushalt ohne Neuverschuldung ausweisen. Allerdings unter Einsatz unserer gesamten Rücklage von 11,8 Mio. EUR bereits 2010. Gleichzeitig wird die Krise der öffentlichen Finanzen erst 2011 ihre volle Wucht entfalten. Einen vollständigen Verzehr der gesamten Rücklage zum Haushaltsausgleich des Vermögenshaushaltes 2010 und damit ein Haushalt ohne Nettoneuverschuldung kann man daher wachen Verstandes nicht empfehlen. Wir stünden in diesem Falle 2011 völlig mittellos dar. Klar ausgedrückt: Bei vollständigem Verzehr dieses Notgroschens des Stadtrates würde ich frohe Haushaltsberatungen für 2011 wünschen! Ich fürchte, dass dadurch ein Haushaltsjahr unter dem Diktat des Art. 69 GO, der die haushaltslose Zeit regelt, vorprogrammiert wäre.

Gleichzeitig sehe ich gerade in Krisenzeiten die Notwendigkeit die Investitionstätigkeit dieser Stadt auf einem hohen Niveau zu halten. Dies zum einen, ob der darbedenden Infrastrukturqualität und zum anderen, ob der Wirtschaftslage, die zusätzliche antizyklische Impulse gut gebrauchen kann. Das Konjunkturpaket II sollte gerade zusätzliche Investitionsimpulse setzen. Wenn wir unsere eigenen Investitionen aber unter das Niveau der Vorjahre zurückschrauben würden, dann fiel der Primäreffekt, der gerade nach abgeschlossener Planung und mit Beginn der Vergabephase konjunkturell zu wirken beginnen könnte, vollständig aus.

## Bauvolumen



Finanz- und Personalreferat  
 Christian Schuchardt

(ab 2009 Planzahlen)

R\_HH\_101022\_ppt

Gemeinsam mit unserem Oberbürgermeister und meinen Referentenkollegen sind wir Position um Position und Fragestellung um Fragestellung im Vermögenshaushalt durchgegangen, um uns angesichts der schwierigen Finanzsituation auf das Wesentliche zu konzentrieren. Herausgekommen ist ein Investitionsprogramm, das sich 2010 mit 27,6 Mio. EUR über dem Niveau von 2008 bewegt. Das Haushaltsprogramm 2009 war - wie bekannt - auch durch das Konjunkturprogramm II eine einmalige haushalterische Sondersituation. Nach Abzug der K II Investitionen verblieben 36,5 Mio. EUR. Dies werte ich weiterhin als Riesenerfolg. Dieses Investitionsniveau werden wir uns aber in den Folgejahren nicht mehr leisten können. Um den Haushaltsausgleich darstellen zu können, werden wir unsere Investitionstätigkeit wieder auf ein niedrigeres Niveau zurückführen müssen. Es sei denn wir können im Verwaltungshaushalt eine Verbesserung erreichen. Sparen ist angesagt. – Und: wer nicht sparen will, der wird zum Sparen gezwungen, spätestens und mit Recht von der Regierung! Wir brauchen, um uns auf das Wesentliche zu konzentrieren, daher ein strategisches Leitbild für unseren Haushalt.

## Großprojekte



- Sanierung Rathausplatz Heidingsfeld ✓
- Neubau staatl. FOS/BOS ✓
- Neustrukturierung Friedhofsgebäude ✓
- Turngemeinde Heidingsfeld ✓
- Aufzug Rathaus ✓
- BAB A3 Ausbau (Mitfinanzierung) ✓
- Sanierung Frankenhalle (✓)
- Sanierung Mainfranken Theater (✓)
- Sanierung Nautiland (✓)
- Neubau GCWplus —
- Sanierung CCW Bestand
- Umgestaltung Mozartareal (auch im Kontext Linie 6)
- Umgestaltung Bahnhofsareal
- Neubau Siligmüllerbrücke (im Kontext Linie 6 und Brücke Rottendorfer Str.)
- KONVERSION
- Sanierung Mainfränkisches Museum ✓ = etatisiert
- Veranstaltungshalle (✓) = in Arbeit, nicht finanziert

Finanz- und Personalreferat  
Christian Schuchardt

R\_HH\_101022\_ppt

Zu diesem Zwecke haben wir bereits im Zuge der letztjährigen Beratungen Großprojekte diskutiert, an deren Umsetzung wir gehen wollen, - wissend, dass wir nicht alles gleichzeitig realisieren können.

Hierzu gibt es die grafisch dargestellte Bilanz, die sich m. E. durchaus sehen lassen kann. Es beginnt mit der Sanierung des Rathausplatzes Heidingsfeld, die haushalterisch dargestellt ist und die auch noch um den sogenannten Zwischengemäuerbach erweitert wird. Der Vertragsabschluss mit der Firma Neubert zur Herstellung der Dreifachturnhalle für die Turngemeinde Heidingsfeld, nach mehrjährigen Verhandlungen unter Federführung von Frau Hecht aus der Kämmerei, gemeinsam mit den Kollegen des Tiefbaus und des Sportamtes, konnte realisiert werden. Nun hängt es von den Expansionsmöglichkeiten des Unternehmens ab, ob die Turnhalle Wirklichkeit wird. In jedem Fall wird es nicht der Schaden des Vereines sein, dafür konnte ich in den Verhandlungen mit Sorge tragen.

Ein schöner Erfolg meines Kollegen Herrn Al-Ghusain ist die Vereinbarung mit dem Freistaat zur Gründung einer staatlichen FOS/BOS, dies hat aber die automatische Hochpriorisierung der

Errichtung des Erweiterungsbaus an der vorhandenen Schule zur Folge. Ein Projekt, das mit 7,1 Mio. EUR zu Buche schlägt und, da es rentierlich ist, vorrangig anzugehen ist. Die Neustrukturierung des Friedhofsgebäudes ist ein wesentliches Anliegen für Herrn Kleiner und ich habe mich selber von der Handlungsnotwendigkeit vor Ort überzeugt. Das Projekt ist mit 1,5 Mio. EUR durchfinanziert. Perspektivisch sind im Haushalt anfinanziert die A3 Deckelung, die Heidingsfeld und den Heuchelhof künftig als Grünzug verbinden wird. Ebenso verhält es sich mit dem Aufzug für das Rathaus, der in der mittelfristigen Finanzplanung wenigstens mit einer Anfinanzierung Eingang gefunden hat.

Mehrere Projekte sind in Arbeit, deren Finanzierung derzeit nicht annähernd dargestellt werden kann. Dazu gehören die Frankenhalle - hier sind wir auch in besonderem Maße auf bürgerschaftliches Engagement angewiesen - und die sich daran anschließende Theatersanierung sowie die Sanierung des Nautilandes. Für das Schwimmbad in der Lindleinsmühle wird es haushalterisch nicht reichen. Hierin zeigt sich aber auch die ganze Not des kommunalen Haushaltes in 2011 und 2012. Hier fehlt es am Entscheidenden, der notwendigen Liquidität im zweistelligen Millionenbereich. Selbst der Haushaltsausgleich auch nur in der Finanzplanung ist bereits heute nur mit äußerster Anstrengung, mit Kreditaufnahmen und Reduzierung des städtischen Unterhaltsaufwandes im Verwaltungshaushalt darstellbar. Lediglich kleinere Projekte können mit Mühe in das Investitionsprogramm aufgenommen werden.

Für mich erledigt, weil schlichtweg ob der Millionenbeträge unrealistisch, oder auf der Zeitachse ganz hinten, befinden sich die Projekte CCW plus und das gelegentlich gepflegte Bedürfnis nach einer Veranstaltungshalle für wenige Großveranstaltungen im Jahr. CCW plus wird sich im Betrieb nicht unter 1,5 Mio. EUR an jährlicher Belastung abspielen. Und für beide Projekte ist keine Förderung seitens des Freistaates zu erwarten. Manchmal muss man sich auch der Realität zuwenden und liebgewonnene Zöpfe abschneiden. Die Attraktivierung des bestehenden Kongresszentrums und die schrittweise Sanierung der S-Oliver-Arena haben Vorrang. Es gibt nun einmal einen Unterschied zwischen dem was wünschenswert und dem was möglich ist.

Neue Baustellen müssen wir mit finanziellem Planungsaufwand nicht angehen. Wir haben genügend! Hierzu gehört auch eine anderweitige Verwertung des Mozartareals, als die höchst lukrativste, nämlich dem Verkauf. Wenn es dabei gelingt, einige der Nachkriegskomponenten, wie die Entrée-Situation von der Hofstraße zu erhalten, dann müssen wir uns dieses als Stadt teuer über Preisnachlässe erkaufen. Die Einnahmeerwartung beläuft sich immer noch auf mehrere Millionen Euro, die im Vermögenshaushalt 2012 der Finanzierung von dringend notwendigen Investitionen z.B. im Schul- oder Straßenbereich dient. Beides, Frankenhalle und Mozartareal zu bewahren, wird nur im gegenwärtigen, traurigen Zustand gelingen.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
wir brauchen ein strategisches Leitbild für unseren Haushalt und ein klares Handlungsprogramm für die nächsten Jahre. Dieses lautet:

- A) Den Bestand sichern!  
Bevor neue Projekte angegangen werden, ist die Substanz zu sichern oder auch wirtschaftlich zu verwerten, zu verkaufen oder sogar abzutragen.
- B) Nur finanziell nachhaltige Investitionen neu angehen!  
Eine Kreditfinanzierung ist nur gerechtfertigt, wenn Sie rentierlich für den Haushalt ist. Es gibt eine Vielzahl von guten Gründen für Investitionen: Umweltschutz, soziale

Notwendigkeiten oder auch nur Stadtästhetik, weil es schön ist. Leisten können wir uns aber nur die Investitionen, die uns Handlungsspielraum für morgen schaffen oder deren Refinanzierung uns minimalste Belastungen aufgibt. Das Stichwort lautet rentierliche Investitionen.

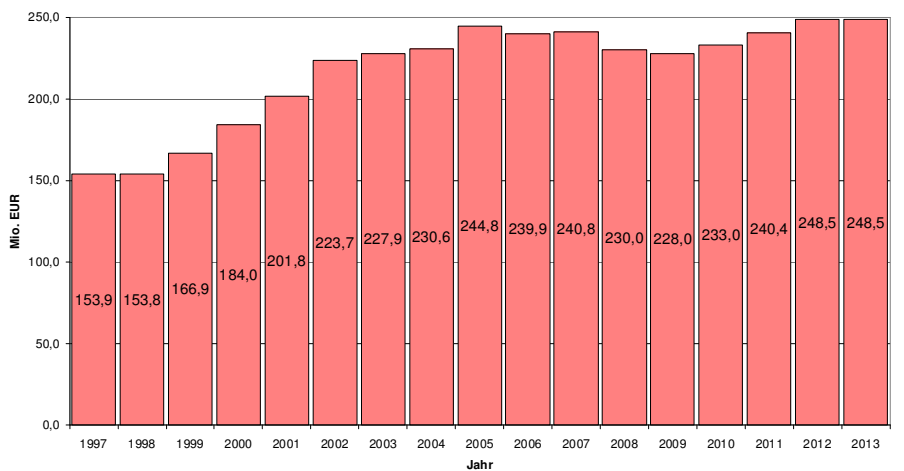
C) Bauen wir einen neuen Stadtteil auf dem Hubland!

Dieser ist mit einem überhaupt nicht absehbaren Ausgabevolumen verbunden. Ob Straßenbahn, Landesgartenschau, oder auch nur Straßenbau im neuen Stadtteil. Nichts ist finanziert, aber es kommt Gewaltiges auf uns zu.

Diesem „ABC“ der Investitionsprioritäten muss sich meiner festen Überzeugung nach alles andere unterordnen. Die Millionen Euro, die wir damit bewegen, sind zahlreich genug und mehr wird uns nicht möglich sein. Im Gegenteil, wir können allesamt stolz und zufrieden sein, wenn wir diese Programmpunkte gemeinsam abgearbeitet bekommen – und erleben dürfen, auch ohne Veranstaltungshallen für Großkonzerte.

Wir müssen uns davor hüten neue luftige Projekte anzugehen, wie Bauernkriegsmuseen oder opulente Platzgestaltungen von Plätzen, die gestaltet und nicht kaputt sind. Dazu passt einmal wieder der Freiherr von Goethe: *„Unsere Leidenschaften sind wahre Phönixe. Wie der alte verbrennt, steigt der neue sogleich wieder aus der Asche hervor.“* (Wahlverwandtschaften)

Schuldenstandsentwicklung  
(inkl. Kassenkredite)



Finanz- und Personalreferat  
Christian Schuchardt

R\_HH\_101022\_ppt

Sehr geehrte Damen und Herren,

unsere Rücklage müssen wir verantwortungsvoll in den nächsten Jahren einsetzen. Vor diesem Hintergrund schlage ich Ihnen eine Verwendung der Rücklage verteilt auf die kommenden beiden Haushaltsjahre 2010 und 2011 vor. Die Differenz hierfür müssen wir, so schwer mir dieses fällt, durch eine moderate Neuverschuldung finanzieren. Der Vermögenshaushalt ist 2010 mit 10,7 Mio. EUR und in 2011 mit 13,6 Mio. EUR unterfinanziert. Wenn wir unserer Rücklage im kommenden Jahr 5,9 Mio. EUR entnehmen, ergibt sich rechnerisch eine notwendige Neuverschuldung von 5,0 Mio. EUR. Im übernächsten Jahr ergibt sich zur Abdeckung der fehlenden 13,6 Mio. EUR nach der Rücklagenentnahme von 6,1 eine notwendige Neuverschuldung von noch rechnerisch 7,5 Mio. EUR und zudem eine sogenannte Rückzuführung aus dem Vermögens- zum

Verwaltungshaushalt in Höhe von 4,2 Mio. EUR. Diese sogenannte umgekehrte Zuführung zeigt deutlich auf, dass wir nicht nur über Investitionssteuerung – oder besser Verzicht – steuern müssen, sondern auch im Verwaltungshaushalt ansetzen müssen. Dazu in der Folge mehr.

Zunächst sollte uns die kombinierte Entnahmepolitik aus der Rücklage und moderate Neuverschuldung gut durch die beiden nächsten Jahre führen. Und auch am Ende des Jahres 2011 stehen wir mit einem Schuldenstand unter dem des Anfangs des vergangenen Jahres 2008 objektiv ordentlich dar. Dies wurde möglich durch die wichtige einmalige Rückführung des Altdefizits aus 2003 in diesem Jahr. Das waren keine „Peanuts“ für uns und ist nicht zu unterschätzen. Und wer diese Schuldenstandsreduzierung von 240 Mio. auf 230 Mio. EUR unter „passiert, notiert“ fasst, der sollte auch dann die moderate Neuverschuldung genauso einordnen!

In Relation zum Schuldenstand von 240 Mio. entspricht die jährliche Neuverschuldung einer Zunahme von rund 2,5 % pro Jahr. Wir bewegen uns damit innerhalb der Maastrichter Neuverschuldungskriterien, die für Staaten gilt und schreiben auch in Bezug auf das Gesamthaushaltsvolumen eine Neuverschuldung unterhalb der durchschnittlichen Inflation. Mit Herrn von Goethe: *„Die Zeit verschiebt nicht nur die Zwecke, auch andre Mittel fordert sie.“* (Die romantische Poesie [...])

Wie bekannt, ist natürlich der Weg in die Verschuldung, mag sie noch so moderat sein, ein süßes Gift. Und der Wunsch nach guten Dingen, die einen guten Zweck haben, weckt kreative Kräfte zu ihrer Begründung. Wenn wir diesen Weg gehen wollen, dann sollten wir uns, bevor wir über konkrete Vorhaben sprechen, die Zeit nehmen uns über die zulässigen Zwecke neuer Kredite abstrakt zu verständigen.

## Investitionsgrundsätze bei Kreditfinanzierung



### **Definition „werbend“ i.e.S.**

1. Ertrag bringend (messbar) = Einnahmen (z.B. IKEA)
2. Messbar Kosten reduzierend (z.B. Personalkosten Dokumentenmanagementsystem)
3. Gebühren finanziert (Einnahme 100 %)
4. Erschließungsbeiträge nach BauGB (Einnahme 90 %)
5. Straßenausbaubeiträge nach KAG (Einnahme ca. 50-60 %)
6. Förderung nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (ca. 50-60 %)
7. Städtebauförderung (ca. 50 %)
8. Förderung nach Finanzausgleichsgesetz (ca. 35-40 %)

Der Beipackzettel, an den wir uns halten sollten, sieht wie folgt aus: Zunächst sind solche Investitionen zu finanzieren, die eine eigene Rentierlichkeit haben. Hierzu zählt die Finanzierung von Gewerbegebieten, deren Einnahmen bald für eine Abfinanzierung sorgen. Als nächstes folgen solche Investitionen, die in der Folge zu Ausgabenersparnissen führen,

die den Schuldendienst rechtfertigen. Hierzu zählt exemplarisch die FOS/BOS, die nach der Übernahme der Schule zu einer Reduzierung der Personalkosten durch die Übernahme der Lehrkräfte in den Staatsdienst führt. Danach kommen solche Investitionen, die eine hohe Förderquote aufweisen. Es folgen: vollständig gebührenfinanzierte Investitionen, diejenigen die durch Erschließungsbeiträge einen hohen Kostendeckungsgrad aufweisen und dann die staatlich geförderten Vorhaben. Es handelt sich insgesamt um „werbende“ Investitionen im klassischen Sinne. Allerdings weisen diejenigen, bis auf die zuerst genannten, eine Belastung für den Stadthaushalt durch den kommunalen Eigenanteil auf. Hier müssen wir gemeinsam vorsichtig und verantwortungsvoll handeln und nicht die Dinge schönreden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich sprach es einleitend an. Neben der Wirtschaftskrise nehmen auch die laufenden Belastungen zu; insbesondere dann, wenn wir aufhören uns ‚Schönzurechnen‘. Dies betrifft die Finanzierung unseres Theaters. Damit will ich, und das sei ausdrücklich hier gesagt, keine neue Theaterdebatte anschieben. Diese würde auch aktuell wenig bringen, da der Freistaat in der gegenwärtigen Situation kaum in der Lage, noch geneigt sein wird, die Zuschüsse für Würzburg nachhaltig zu erhöhen. Bis zu einer grundsätzlichen Neuordnung der Theaterfrage mit dem Freistaat und dem Umland wurde der städtische Zuschuss bei 5,2 Mio. EUR gedeckelt. Dies gelang zum einen durch den Zuschuss des Bezirks, der 2011 wegfällt. Hier werden wir uns für eine Verlängerung und angemessene Erhöhung auf dem ordentlichen Dienstweg einsetzen. Zum anderen aber, wurde die Liquidität durch die Einräumung einer Ausfallbürgschaft, die das ganze Ausmaß der Theaterfinanzierungsbedarfe verschleiert, gesichert. Auch ist das Spendenniveau der Freunde des Theaters weder steigerungsfähig noch dauerhaft auf dem Niveau der Jahre 2003 und folgende fortschreibbar. An dieser Stelle möchte ich einen ganz herzlichen Dank an die vielen Wohltäter unseres Mainfrankentheaters richten, die das Überleben in schwierigster Zeit erst ermöglicht haben. Faktisch steigt aber mit Wegfall oder Reduzierung dieser positiven Effekte der Finanzierungsbedarf von rd. 5,2 Mio. EUR linear auf bis zu 8,1 Mio. EUR (inkl. Kapitalkosten) in den nächsten Jahren an. Vor dem Hintergrund der notwendigen Neuverschuldung auf der investiven Seite müssen wir diese dauerhafte Mehrbelastung haushaltswahr und haushaltsklar als städtische Belastung akzeptieren. Damit steigt der Kulturetat dieser Stadt sprunghaft an, auch wenn wir ansonsten bei der allgemeinen Kulturförderung Zuwächse unter dem Strich vermeiden konnten.

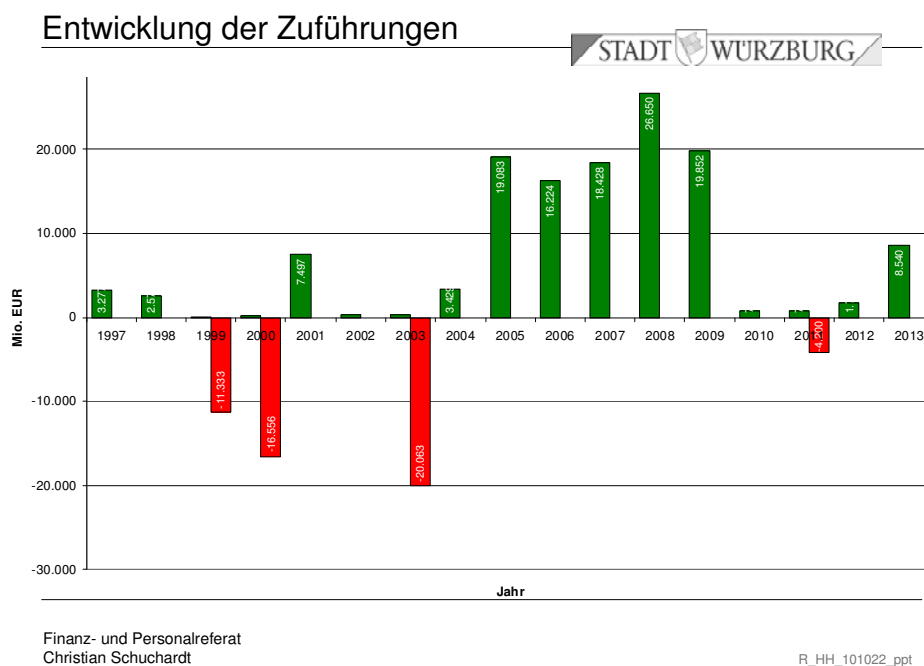
Eine weitere Ursache ist die Entwicklung der Personalkosten. Deren Ausgabenhöhe steigt moderat in Prozent, aber in Millionen auch besorgniserregend. Dies wird gespeist durch mehrere Gründe in der Reihenfolge ihrer Bedeutung: dem Anstieg der Besoldung bzw. der Tariflöhne sowie der zunehmenden Belastung aus Pensionslasten. Wir zahlen immer noch die Pensionen und Beihilfen der in den siebziger Jahren aufgelösten städtischen Polizei. Und abschließend ergibt sich eine Mehrung des Personalaufwandes natürlich auch durch den steigenden Personalbedarf, der sich in den neuen Stellenplananträgen ausdrückt. Dieser Personalmehrbedarf ist der vermehrten Aufgabenübernahme und Aufgabenlast geschuldet und einer rigiden Bewirtschaftung seit der letzten Haushaltskrise. Bei dieser letzten Position der Personalmehrung, handelt es sich um die einzige bei der wir ansetzen können. Anstatt mit der rigiden ‚Keule‘ eines generellen Einstellungsstopps zu arbeiten, schlagen Ihnen der Oberbürgermeister und der Personalreferent eine atmende Regelung über eine Bewirtschaftungskontrolle vor. D.h. nur wenn innerhalb eines Referates eine Stelle dauerhaft abgebaut werden kann, ist eine externe Besetzung einer neu geschaffenen Stelle zulässig. Das wird in vielen Fällen funktionieren, in einigen mit Sicherheit nicht, aber es ist die einzige sinnvolle Form der Gegensteuerung. Gleichzeitig liegt das Einsparpotential jahresbezogen bei max. 0,6 Mio. EUR bei einer Gesamtpersonalkostensteigerung von 2,8 Mio. Die übrigen Effekte wie Tarifsteigerung und Entwicklung der Versorgungslasten sind wie bereits



angeführt nicht beeinflussbar. Eine Rücklage im Sinne eines Pensionsfonds haben wir nicht gebildet.

Vergangene Woche hatte ich zu einem Gespräch mit den Ausbildungsleitern der kommunalnahen Unternehmen, inklusive Sparkasse, gemeinsam mit der IHK und der Handwerkskammer geladen. Zumindest auf dem Lehrstellenmarkt überkompensiert der Geburtenrückgang die Effekte aus der Wirtschaftskrise und aus dem doppelten Abiturjahrgang, der auf uns zukommt. Somit ist hier wenigstens keine weitere kostenintensive Steigerung des kommunalen Engagements nötig.

Ein Blick auf die Entwicklung der Zuführung zum Vermögenshaushalt bzw. der freien Spitze zeigt die massive Verschlechterung der finanziellen Lage, die nicht monokausal auf Gewerbesteuer oder die Einkommenssteuerentwicklung auf der Einnahmenseite bzw. beim Sachaufwand oder Personalkosten auf der Ausgabenseite des Verwaltungshaushaltes zurückzuführen ist. Es ist das Zusammentreffen auf breiter Front. Die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen hat sicherlich als Einzelfaktor die größte Wirkung. Von 45,7 Mio. EUR 2009 geht diese über 43 Mio. EUR 2010 auf nur noch 40 Mio. 2011 zurück.



Hier sehen Sie den jähen Absturz der freien Spitze von 2009 auf 2010. Im nächsten Jahr schaffen wir es noch im Verwaltungshaushalt eine grüne Säule zu halten, aber 2011 lässt sich dieses nicht mehr darstellen. Erst mit der Verbesserung der konjunkturellen Lage, die allerdings dann auch *einzusetzen hat*, besteht die Chance auf eine Erholung der Kommunalfinanzen. Auf diese Chance sollten wir uns nicht verlassen. Es ist Zeit gegenzusteuern.

Ich sage es bewusst noch einmal: Die Anspruchshaltung an diese Stadt ist mittlerweile zu hoch. Die Stadtverwaltung und auch der Stadtrat kann mit finanziellen Mitteln all den unterschiedlichen Interessengruppen nicht gerecht werden. Es geht los bei der Unterstützung bürgerschaftlich organisierter Festivals, über die Wünsche der Geschäftsleute z.B. in verschiedenen Einkaufsstraßen bis hin zur Zukunft des Sieboldmuseums. Der Stadthaushalt ist keine Wundertüte ohne Boden. Es ist klar und deutlich auszusprechen: Der Haushalt

verträgt in den nächsten Jahren keine zusätzlichen Belastungen. Anregungen an die Stadt heranzutragen ist schön. Unterschriftenlisten sind beeindruckend. Eine gute Pressearbeit von Lobbygruppen drückt auch die Verwaltung an die Wand. Aber, außer Druck ist nichts zu erreichen, da nichts zum Verteilen da ist. – Diese Stadt kann stolz sein auf Dutzende von privaten künstlerischen, kulturellen oder sportlichen Initiativen. Das Angebot für unsere Bürger ist so vielfältig und außergewöhnlich bunt, dass es Großstädten mit wesentlich mehr Einwohnern würdig wäre. Wir haben aber nur die Mittel einer kleinen Stadt.

Wir brauchen daher einen harten Sparkurs. Meine Kollegen Referenten und auch ich werden Ihnen in den nächsten Jahren immer wieder unpopuläre Einsparvorschläge und noch unpopulärere Einnahmehöherungsvorschläge machen. Damit Zöpfe fallen können, damit Mehreinnahmen generiert werden können, sind wir auf Ihre Unterstützung dringend angewiesen. Ich weiß, dass Sie sich Ihr Stadtratsmandat anders vorgestellt haben, dass Sie aus Ihrer Sicht vernachlässigte Politikbereiche mit Engagement, Ideen und auch Geld stärken wollten. Das ehrenvolle Stadtratsmandat wird aber in den nächsten Jahren zu einem Mandat, das auch Unbeliebtes vertreten muss. Das wird Beitragsfinanzierungen, Kostendeckungsgrad bei Gebühren oder auch als selbstverständlich angenommene Angebote für unsere Bürgerinnen und Bürger betreffen. Wir können uns auf Mangelverwaltung einstellen. Gestaltungsmöglichkeiten werden verloren gehen.

Gleichwohl brauchen wir Ideenreichtum wie wir diese Themen z.B. Parkplatzgebühren intelligent umsetzen. Oder auch Ideenreichtum wie wir das Potential unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter noch besser nutzen, um durch Engagement den einen oder anderen Euro uns ausgabenseitig ersparen zu können. Diesen Ideenfindungsprozess gilt es zu gestalten. Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt. Unsere Aufgabe im ersten Halbjahr 2010 wird es sein, strukturell im Rahmen der finanzpolitischen Sprecher der Fraktionen und im Stadtrat nach Einsparmöglichkeiten zu suchen und Aufgabenkritik zu üben.

Damit will ich auch schließen, nicht aber ohne mich wieder ganz herzlich bei den Kolleginnen und Kollegen aus der Kämmerei zu bedanken. Es ist Ihrer monatelangen Arbeit im Detail zu verdanken, diesmal auch mit mehreren Umplanungsnotwendigkeiten, dass Ihnen der Haushaltsentwurf pünktlich vorgelegt werden konnte.

Vielen Dank.

Christian Schuchardt  
- Stadtkämmerer -